

Basellandschaftliche **bz** Zeitung

NORDSCHWEIZ

Das Copyright und alle Rechte bleiben bei der Basellandschaftlichen Zeitung.

Bei einer Veröffentlichung müssen wir auf einen Quellennachweis bestehen.

Die Verwendung zu kommerziellen Zwecken ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages erlaubt.

Basellandschaftliche Zeitung
Schützenstrasse 2-6, 4410 Liestal

<http://www.bz-online.ch>

Weiter ...

Halter soll stärker für Hund haften

Ständerat Motion der SVP überwiesen

Das Parlament lässt bei den gefährlichen Hunden nicht locker: Der Ständerat will beim Schutz vor Kampfhunden nicht nur die Tiere, sondern auch deren Halter in die Pflicht nehmen. Einstimmig und mit dem Einverständnis des Bundesrats überwiegt die kleine Kammer als Zweitrat gestern eine Motion der SVP, welche unter anderem auf eine Verschärfung der Haftung zielt.

«Verbot ist keine dauerhafte Lösung»

Die Motion der Schweizerischen Volkspartei verlangt vom Bundesrat Massnahmen zum Schutz vor gefährlichen Hunden, sie legt dabei den Akzent aber nicht auf die Tiere selbst, sondern auf deren Halter. Ein Pitbull-Verbot im Tierschutzgesetz allein könne keine dauerhafte Lösung sein, begründete die SVP ihren Vorstoss und stiess damit in der kleinen Kammer auf einstimmige Unterstützung. Man müsse nicht nur das Tier vor dem Menschen schützen, sondern auch den Menschen vor dem Tier, sagte Kommissionssprecher Peter Bieri (CVP/ZG).

Auch Justizminister Christoph Blocher war mit der Überweisung einverstanden. Anders als bei Verboten sei bei der Haftungsfrage der Bund zuständig, weshalb der Bundesrat bereits eine Verschärfung der Haftung prüfe. «Wir wollen eine Regelung einführen, die die Selbstverantwortung des Hundehalters stärkt», sagte Blocher. Gemäss der heutigen Regelung haften Hundehalter für Schäden ihrer Tiere nicht, wenn sie beweisen können, dass sie alle nötigen Sorgfaltspflichten erfüllt haben.

Weiterer Auftrag an Bundesrat

Mit der SVP-Motion, die vom Nationalrat bereits im Juni gutgeheissen wurde, liegt nun im Kampfunde-Dossier ein weiterer Auftrag für den Bundesrat auf dem Tisch. Bereits früher hatten beide Kammern die Regierung aufgefordert, den Weg zu einem Verbot von Pitbulls zu ebnen. Da der Bundesrat aber bisher einzig auf Massnahmen wie eine Meldepflicht für auffällige Hunde, schärfere Haltungsverordnungen und allenfalls eine weitergehende Haftpflicht für Halter eingetreten ist, hat sich das Parlament mittlerweile selber an die Arbeit gemacht. (AP)

Parlament vertraut Basel

Kantonsverfassung Ständerat sagt Ja, Minderheit «zeigt gelbe Karte»



FÜR EINMAL EINIG Anita Fetz und Justizminister Christoph Blocher wollten eine Gewährleistung ohne Vorbehalt. KUSANO/KEY

Im Ständerat kam es zum erwarteten Schlagabtausch um die Basler Verfassungsbestimmung, derzufolge sich der Kanton gegen die Nutzung der Kernenergie wendet. Der Rat verzichtete auf einen Vorbehalt.

MATHIAS KÜNG

Der Disput um Artikel 31 Absatz 3 der neuen Basler Verfassung, derzufolge sich der Kanton gegen die Nutzung von Kernenergie wendet, führte gestern im Ständerat zu einer einstündigen intensiven Debatte. Worum geht es? Laut Artikel 90 der Bundesverfassung besteht die Kernenergie Sache des Bundes. Gemäss Hansheiri Inderkum (CVP/UR), Vizepräsident der Staatspolitischen Kommission (SPK), schliesst dies «aber nicht aus, dass die Kantone allenfalls eine andere Politik im Bereich der Kernenergie vertreten können».

Verbot des Bezugs von Kernenergie wäre unzulässig

Klar nicht zulässig wäre, so Inderkum mahndend im Plenum, diesen Absatz «als Grundlage für eine Verhinderungspolitik anzusehen».

Denn die Kantone können wohl auf eine Änderung der Politik hinwirken, sie dürfen aber bundesrechtliche Entscheide nicht unterlaufen und sie dürfen deren Vollzug nicht verhindern. Inderkum: «Dies gilt namentlich auch für energiepolitische Entscheide im Bereiche der Kernenergie.» Nicht zulässig hingegen wäre laut Inderkum, beispielsweise einem in Basel-Stadt domizilierten Stromkonsumenten, insbesondere einem Unternehmen, zu verbieten, Kernenergie zu beziehen.

Nicht wie Basel-Landschaft

Artikel 31 Absatz 3 der Basler Verfassung erfülle die Bedingungen und sei ohne Vorbehalt zu gewährleisten. So beantragte es gestern im Ständerat die SPK mit 9:4 Stimmen, unterstützt von Justizminister Christoph Blocher. Er argumentierte, dass es bei Basel-Landschaft und Genf (deren Verfassungen einst nur mit Vorbehalt gewährleistet worden sind) anders als bei Basel-Stadt auch um den Widerstand gegen KKW in andern Kantonen gegangen sei. Der Rat gewährleistete schliesslich die Basler Verfassung mit 23:14 Stimmen ohne Vorbe-

halt. Die Mehrheit vertraue Basel-Stadt und seinen Behörden, «dass man nicht gegen Bundesrecht verstossen wird. Die Minderheit hingegen zeigt zwar nicht die rote, aber immerhin die gelbe Karte», sagte Inderkum abschliessend.

«Schuss vor den Bug sitzt»

Maximilian Reimann (SVP/AG) hat für einen Vorbehalt gekämpft. Obwohl dieser abgelehnt wurde, ist für ihn mit der gestrigen Ermahnung klargestellt, dass Basel «mit seinem Verhinderungsartikel Bundesrecht nicht unterlaufen und die Zusammenarbeitspflicht zwischen den Kantonen nicht infrage stellen kann.» Reimann: «Dieser Schuss vor den Bug sitzt.» Gleichwohl ist er «enttäuscht über Kantone, welche die Kernkraft bekämpfen, es aber fröhlich zulassen, dass aus der Steckdose Kernkraft bezogen wird». Das sei scheinheilig.

Mühe mit der «Basler St.-Florians-Politik» hat auch Thomas Pfisterer (FDP/AG), obwohl er für Gewährleistung ohne Vorbehalt stimmte. Bundesrecht stehe immer über kantonalem Recht, stellt der ehemalige Bundesrichter

trocken klar. Doch wenn Bestimmungen wie in der Basler Verfassung Schule machen, «können wir bald nichts mehr realisieren», befürchtet er. Wenn die Stromlücke Realität wird, weil KKW-Strom fehlt, dürfe Basel beim Bezug von Wasserkraft nicht besser gestellt werden als andere, verlangt er heute schon. Pfisterer: «Dann muss Basel halt seinen Strombedarf reduzieren.»

«Nur ein Vorgeplänkel»

Ganz anders sieht dies die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP). Für sie ist die Debatte mit der Gewährleistung durch beide Kammern (im Nationalrat schon am Mittwoch erfolgt) erledigt. Eine Ermahnung an Basel vermag sie aus der Debatte nicht abzuleiten. Fetz: «Unsere Verfassung wurde berechtigterweise gewährleistet, weil sie in keinsten Weise Bundesrecht verletzt.» Sie wirft dem Aargau vor, dass er sich weigere, energieeffiziente Massnahmen zu beschliessen, etwa ein Verbot von Elektroheizungen. Für Anita Fetz war die gestrige Debatte nur ein Vorgeplänkel zum Ringen um das Stromversorgungsgesetz nächste Woche im Ständerat. Also: Fortsetzung folgt.

Im Gespräch

WELLNESS-SESSION?



Nicht für alle. Einer, der sich von den Angeboten nicht verführen lässt, ist Nationalrat **Luzi Stamm** (SVP/AG). Er nutzt jeden freien Sitzungsnachmittag, um ins Unterland zu fahren und im Büro seine

Geschäftspendenzen aufzuarbeiten. Spät am Abend fährt er zurück ins Bündnerland, um am Morgen leidlich ausgeruht in der Session zu sein. Eine Ausnahme machte er bisher: Als Mitglied des FC Nationalrat konnte er nicht «klemmen» und nahm am Spiel gegen eine Auswahl aus dem Saffiental teil. (MKU)

ABGESEHEN VON DIESEM FUSSBALLSPIEL

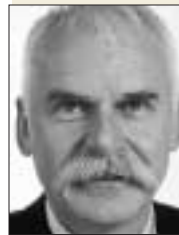
hat auch Stamms Aargauer Nationalratskollege **Gerri Müller** (Grüne) keine Zeit für Wellness. Er klingt aber heiser. Allerdings nicht vom Festen, wie er betont.



Er sucht den Grund im vielen Reden und im grossen Temperaturunterschied zwischen Nationalratsaal (recht kühl) und dem beigestellten Zelt mit den Parlamentarier-Arbeitsplätzen (bei Sonnenschein sehr heiss). (MKU)

SEIN GANZ PERSÖNLICHES FITNESSPROGRAMM

zusammengestellt hat sich Nationalrat **Hugo Fasel** (Grüne/FR). Statt die gratis angebotenen Shuttle-Busse zu benutzen, fährt er jeden Tag mit seinem Mountainbike zweimal von seiner Wohnung in Flims



Dorf zur Session in Flims Waldhaus. Das sind insgesamt 12 Kilometer mit ordentlicher Höhendifferenz. Er hat sein Logis extra weit weg vom «Trübe» gewählt, damit er sich in der Freizeitalt in Ruhe auf den Abstimmungskampf über das Familienzulagengesetz vorbereiten kann. (MKU)

TEMPO 30

für seine Kolleginnen und Kollegen fordert **MARIO FEHR** (SP/ZH) im Nationalratsaal. Er fürchtet um ihre Gesundheit. Wenn eine Abstimmung angekündigt wird, rennen alle, die in der Wandelhalle Interviews geben, etwas zusammen aushecken oder Verwandtenführungen machen, im Blitztempo an ihren Platz. Dabei sind zwei Hürden zu überwinden: erstens eine kleine Bodenwelle und unmittelbar danach – schon im Saal drin – eine recht hohe Stufe. Einige sind bei diesem Parcours schon gestürzt. Glücklicherweise gab es bisher keine ernsthaften Blessuren. (MKU)



INSERAT

THERMALP LES BAINS D'OVRONNAZ
HOTELRESIDENZ

Ferien Thermalbäder Alpen

- Unterkunft in Studio oder Wohnung
- 7 Nächte (ohne Hotelservice)
- Freier Eintritt in die Thermalbäder
- 7 Frühstücksbuffet
- 1 Raclette Abend oder 1 Balancemenu
- Zugang zur Sauna
- Zugang zum Fitness
- Bademantel und Sandalen
- 1 Parkplatz pro Wohnung

Hallenbecken 33°
Whirlpool 39°
2 Freiluftbecken 34°/35°

Ab Fr. 637,- pro Person (Basis 2 Personen)

On-line Reservation: 5% Rabatt!

www.thermalp.ch/angebote

Ovronnaz / VS - 027 305 11 00 - info@thermalp.ch

70 Millionen für gute Ideen

Neue Regionalpolitik Mehr Wettbewerbsfähigkeit in Rand- und Bergregionen

Der Nationalrat hat gestern mit 136 zu 10 Stimmen bei 23 Enthaltungen die neue Regionalpolitik gutgeheissen.

Das Bundesgesetz über Regionalpolitik will die Randregionen konkurrenzfähiger machen und Unternehmensegeist wecken. Der Bund will sie dabei weiterhin mit 70 Millionen Franken jährlich unterstützen. Die heutige Regionalpolitik ist in mehreren Bundeserlassen verzettelt. Das neue Bundesgesetz löst die Investitionshilfe für Berggebiete, den so genannten Bonny-Beschluss, und die Programme Regio Plus und Interreg ab. Weil es nicht vor 2008 in Kraft treten kann, hat das Parlament diese Massnahmen verlängert.

Doris Leuthard freute sich in ihrem ersten Auftritt im Nationalrat als Bundesrätin, dass das Gesetz «vor

Ort» in der Pionierregion Surselva diskutiert werden konnte. Das Konzept sei in Zusammenarbeit mit den Kantonen entworfen worden. Pilotprojekte hätten seine Tauglichkeit erwiesen. Die positiven Errungenschaften der bisherigen Regionalpolitik würden nicht über Bord geworfen, sagte Leuthard. Nächstes Jahr werde der Bundesrat eine Botschaft zu einem regionalpolitischen Mehrjahresprogramm und einen Beschlussentwurf zur Alimentierung des Fonds für Regionalentwicklung unterbreiten.

In der Detailberatung wurden Anträge der SP und der Grünen verworfen, die Regionalpolitik nicht nur auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung auszurichten, sondern auch auf die Nachhaltigkeit zu verpflichten. Wirtschaftliche Effekte hätten in

diesem Gesetz Vorrang vor sozialen und ökologischen.

Gegen Fiskaltourismus

In Fortsetzung des Bonny-Beschlusses bestimmte der Nationalrat mit 85 zu 67 Stimmen, dass auch Unternehmen, die den Kanton wechseln und am neuen Standort Arbeitsplätze schaffen, Steuererleichterungen erhalten. Die Kantone sollen dafür sorgen, dass sich reiner Fiskaltourismus nicht lohnt.

Eine weitere Differenz zum Ständerat schuf der Nationalrat, indem er darauf verzichtete, das Gesetz auf acht Jahre zu befristen. Mit 148 zu 5 Stimmen hatte die grosse Kammer zuvor einen Rückweisantrag von Remo Gysin (SP/BS) abgelehnt, nicht nur Randregionen, sondern auch Städte und Agglomerationen zu unterstützen. (SDA)

INSERAT

Bei uns stehen Ihnen jederzeit über 250 gepflegte Occasionen zur Auswahl!

FREYOCCASION

Emil Frey AG
Autocenter Safenwil
Industrie Nord, 5745 Safenwil, 062 788 88 88
www.emil-frey.ch/safenwil